

II. Die Niederlande: Die Folgen von Srebrenica

Veit Swoboda und Mischa Klein

1. Kontext

1.1 Außenpolitische Identität

Die Identität der Niederlande ist in dieser ersten Dekade des 21. Jahrhunderts selbst zum Gegenstand der innergesellschaftlichen Debatte geworden. Ausgelöst durch den schnellen Aufstieg und tragischen Fall des Populisten Pim Fortuyn und die Ermordung des Filmemachers Theo van Gogh, diskutiert die niederländische Gesellschaft die Folgen der Immigration für die Identität und den Platz der Niederlande in der globalisierten Welt (vgl. Lercher 2008). Die Diskussion hat dramatische Auswirkungen auch auf die Außenpolitik gezeitigt – wie am Nein der Niederländer zum Europäischen Verfassungsvertrag 2005 abzulesen war. Doch auf die Sicherheitspolitik hat die Debatte bislang nicht durchgeschlagen. Die Kosovo-Krise bleibt daher das einschneidende Ereignis der niederländischen Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.

Die hier zugrunde gelegte außenpolitische Identität der Niederlande wurde aus Analysen der Diskurse um die Dekolonisation Indonesiens (Ende der 1940er Jahre) und um die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Folge des NATO-Doppelbeschlusses (Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre) gewonnen (vgl. Boekle 2003; Löhr 2003). Der erstgenannte Diskurs fiel in eine Zeit intensiver Re- und teilweise auch Neukonstruktion der niederländischen Identität nach dem Trauma der deutschen Besetzung im Zweiten Weltkrieg. Der zweite Diskurs offenbarte eine sehr viel gefestigtere Identitätskonstruktion. Die Zustimmung der Regierung zum NATO-Doppelbeschluss war eine der umstrittensten Entscheidungen in der niederländischen Außenpolitik überhaupt (vgl. van Staden 1985: 133; Reef 1995: 171). Entsprechend kontrovers und umfassend verlief die Debatte um die Modernisierung der NATO-Mittelstreckenraketen und die Stationierung der Atomraketen auf niederländischem Territorium. Ihr Schwerpunkt lag in der Phase von 1979 bis 1984 (vgl. Löhr 2003). In dieser Auseinandersetzung ließen sich die beiden dominierenden Diskursformationen der niederländischen Außenpolitik klar erkennen: Die realistisch-atlantische und die ethisch-internationalistische (vgl. Abbildung 1). Zuletzt standen sie sich im Streit um die Haltung der Niederlande zum Irak-Krieg gegenüber (vgl. Stahl 2008: 96). Die operative niederländische Außenpolitik wird in der Regel durch Argumente und Handlungsempfehlungen der realistisch-atlantischen Diskursformation dominiert. Ein klassisches Beispiel hierfür war der eindeutige Schulter-

schluss der niederländischen Regierung mit den USA und Großbritannien im Zweiten Golf-Krieg 1990/91 (vgl. Freedman/Karsh 1993: 263, 356).

Die Identitätselemente *Niederlande als Teil des Westens*, *Niederlande als pilot state* (Selbstverständnis als politischer Vorreiter und Beispielgeber für die Förderung von Frieden und Völkerrecht) und *Niederlande als Mittelmacht* waren in beiden Diskursen wirksam. Die Elemente *Niederlande als merchant* (Selbstverständnis als liberale Handelsnation), *Niederlande als christliches Land* und *Einheit der Nation bzw. des Königreiches* wurden hingegen in nur je einem Diskurs argumentativ eingesetzt. In beiden Diskursen zeigte sich die große Bedeutung, die die Erwartungen bzw. das Verhalten der westlichen Partnerländer in den Niederlanden haben. Dies führte insbesondere beim Dekolonisations-Diskurs zu einem außenpolitischen Verhalten – der faktischen Aufgabe Niederländisch-Ostindiens – das nicht mit der damaligen Diskurshegemonie übereinstimmte. In den Folgejahrzehnten schien sich trotzdem ein permissiver Konsens einzustellen, denn weder die Frage der Dekolonisation noch die der Zugehörigkeit zum atlantischen Bündnis spielten in außenpolitischen Diskursen je wieder eine Rolle.

Abbildung 1) Die niederländische Identitätskonstruktion (Darst.: Bernhard Stahl)

	Realistisch-atlantische Diskursformation	Ethisch-internationalistische Diskursformation
Identitätselemente	NL als Teil des Westens; NL als Mittelmacht; NL als merchant; NL als christliches Land; Einheit der Nation	NL als pilot state; NL als Teil des Westens; NL als christliches Land; NL als merchant
Argumentationsmuster	Bewahrung des Status in der Welt und in Europa; Notwendigkeit der atlantischen Sicherheitsgarantie; Bewahren wirtschaftlicher Vorteile; Bündnispflichten	Streben nach neuer Weltordnung; Bewahrung des Völkerrechts; zivilisatorischer Auftrag; aktive und autonome Außenpolitik; Recht und Moral als Grundlage der Außenpolitik; Ethik und Frieden als Handlungsmaximen
Handlungsempfehlungen	Stärkung der NATO und der transatlantischen Partnerschaft; keine europäische Verteidigung auf Kosten der NATO; Beteiligung an Auslandseinsätzen im westlichen Verbund; Sicherung der Mitspracherechte in NATO und EU	Stärkung der UN und des Völkerrechts; Beteiligung an international legitimierten Auslandseinsätzen; aktives Auftreten in IO; Sichtbarmachen des nl. Modells; Priorität von Verhandlungslösungen
Diskursträger	VVD; Mehrheit der CDA; GPV und RPF (seit 2000 CU); SGP; Mehrheit der Elite	PvdA; D66; GL; Minderheit der CDA; SP; pazif. und kirchliche Gruppen; CU; SGP; Mehrheit der Bevölkerung

1.2 Diskursstruktur

In den Niederlanden spielt der Premierminister im Kabinett die Rolle eines Koordinators und Maklers, denn die Regierung wird in der Regel von einer Mehrparteienkoalition gebildet und wichtige Entscheidungen im Kabinett werden kollektiv getragen (vgl. Art. 45 Abs. 2 der Verfassung von 1983).¹ Die Position des Premierministers ist insbesondere in Bezug auf außenpolitische Fragen schwächer als in anderen demokratischen Systemen, da er keine Richtlinienkompetenz besitzt. Seine verfassungsrechtliche Rolle ist die des *primus inter pares*. Seine Aufgabe liegt insbesondere in der Vermittlung zwischen den widerstreitenden Interessen verschiedener Minister und Koalitionsparteien. Gerade in der Europapolitik sind Spannungen zwischen Premierminister und Außenminister, die in der Regel verschiedenen Parteien angehören, nicht selten: Aufgrund der institutionellen Entwicklung des Europäischen Rates konnte der Premierminister jedoch an Macht gewinnen.

Der Außenminister teilt sich sein Handlungsfeld mit seinem Staatssekretär, der auch für das Politikfeld der europäischen Integration zuständig ist, sowie mit dem Minister für Entwicklungshilfe. Der „Kapitän des Schiffs“, wie Premierminister Wim Kok sich einmal ausdrückte, ist aber zweifellos der Außenminister.² Dies resultiert zum einen – verfassungstheoretisch – aus der relativ schwachen Stellung des Premierministers, zum anderen – verfassungspraktisch – aus einem von Anfang an weit ausgelegten Verständnis der Befugnisse durch die ersten Personen in diesem Amt (vgl. Lepszy 1999: 360).

In Sicherheitsfragen ist der Verteidigungsminister ein zentraler Diskursträger. Ihm obliegt die ministerielle Verantwortung für den gesamten Verteidigungsbereich, wobei er aber an die Grundlinien der niederländischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gebunden ist, wie sie in der Regel vom Außenminister erarbeitet und vom Kabinett kollektiv beschlossen werden. Die außenpolitische Rolle des Verteidigungsministers kommt demnach nicht an jene des Außenministers heran. Doch bringt es die spezifische Dynamik niederländischer Koalitionsregierungen gelegentlich mit sich – Koalitionen mit mehr als zwei Parteien waren bis zu den 1970er Jahren und sind seit 1994 die Regel – dass der Verteidigungsminister einer anderen Partei angehört als der Premierminister und auch der Außenminister. In solchen

1 Nach der niederländischen Verfassung von 1983 wird die Regierung zwar von König(in) und Ministern gemeinsam gebildet. Der Krone fallen in der Verfassungspraxis jedoch keine exekutiven Funktionen zu. Auch die jährliche Thronrede wird zwar vom König/von der Königin gehalten, aber vom Premierminister auf Grundlage der kollektiv getragenen Regierungspolitik abgefasst. De facto ist damit nicht die Regierung, sondern der Ministerrat die tatsächliche Exekutivgewalt. Der Premierminister sitzt ihr vor, verfügt aber über keinerlei formale Weisungskompetenz (vgl. Art. 45 Abs. 2 Grondwet voor het Koninkrijk der Nederlanden). Aufgrund der häufig unklaren Mehrheitssituation im Parlament kommt der Krone eine reale Bedeutung bei der Regierungsbildung zu. Zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen der Regierung in den Niederlanden vgl. auch Lepszy (1999).

2 Kok, Wim, in: De Volkskrant, 2. März 1993.

Situationen kann es dazu kommen, dass er sein außenpolitisches Profil den beiden Letztgenannten gegenüber zu schärfen versucht.

Das niederländische Parlament besteht aus zwei Kammern (Generalstaaten). Die Hauptaufgabe der aus 75 von den Provinzialstaaten (den Parlamenten der Gebietskörperschaften) gewählten, auch „Senatoren“ genannten Mitgliedern bestehenden Ersten Kammer ist die Kontrolle des Gesetzgebungsverfahrens. Im außenpolitischen Bereich ist ihre Rolle unbedeutend. Die Zweite Kammer (Tweede Kamer) hat in der Außenpolitik ein höheres Gewicht. Ihre 150 Mitglieder werden von der Gesamtheit der Wahlberechtigten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Durch sein Initiativrecht bei Gesetzesvorlagen, das Haushaltsrecht oder durch seine in Form der „kleinen“ und „großen“ Anfragen ausgeübte Kontrollfunktion kann das Parlament Einfluss auf die Außenpolitik nehmen. Sein Mitbestimmungsrecht bei Auslandseinsätzen hat es vor allem im Zuge des UNIFIL-Einsatzes im Südlibanon 1979 ausgeweitet: Die Kammer beschloss hier erstens, dass kein niederländischer Rekrut außerhalb des NATO-Gebietes ohne parlamentarische Zustimmung eingesetzt werden dürfe und zweitens, dass die Regierung bei einer Entscheidung über eine niederländische Teilnahme an einem UN-Peacekeeping-Einsatz zuvor das Parlament konsultieren müsse (vgl. Both 2000: 49). Das wichtigste parlamentarische Instrument im außen- und sicherheitspolitischen System ist die „motie“, ein Antrag auf Feststellung der Positionen der Regierung zu dem jeweiligen Politikfeld. Die Regierung wird dadurch aufgefordert, dem Parlament Rechenschaft abzulegen. De facto muss die Regierung einem solchen Antrag aber nicht stattgeben. Es ist mehrmals vorgekommen, dass sich Minister geweigert haben, diesem expliziten Wunsch des Parlamentes nachzukommen (vgl. Everts/Walraven 1989: 103). Nichtsdestotrotz kann das Parlament durch ein Misstrauensvotum („motie van wantrouwen“) den zuständigen Minister oder gar das ganze Kabinett zum Rücktritt zwingen. Dies bedeutet: „[...] a Foreign Minister and a Defence Minister will most likely try to find as broad a base of support as possible in Parliament and within their own party for their policies“ (Both 2000: 49). Dies und das Streben nach einer Ausweitung seiner außenpolitischen Kompetenzen³ in den 1990er Jahren zeugen von dem großen Selbstbewusstsein des niederländischen Parlaments. Es versteht sich als Sachwalter des Gemeinwohls und als ein nationales Diskussionsforum, das über Partikular- und Parteiinteressen steht. Auffällig ist das starke Interesse des niederländischen Parlamentes an Fragen der Außenpolitik, und hier wiederum an solchen humanitärer Art, die außerhalb der traditionellen niederländischen Außenpolitikbereiche Sicherheit/NATO und europäische Integration liegen.⁴

3 So strebte das niederländische Parlament Anfang der 1990er Jahre eine Verfassungsänderung an, die sein Mitbestimmungsrecht über den Verteidigungsetat massiv ausgeweitet hätte. 1995 einigte man sich letztendlich auf ein außen- und sicherheitspolitisches Regelwerk zwischen den jeweiligen Ministerien und der Zweiten Kammer (Toetsingskade-Kompromiss), vgl. Both (2000: 49).

4 So kommentieren Deboutte/van Staden (1978: 75): „[...] in parliamentary debates in Holland more time was devoted to the situation in Vietnam, Angola, South Africa, Greece, Chile etc., than to problems of European integration and Atlantic co-operation.“

Im Vergleich mit anderen repräsentativen Demokratien spielen auch in den Niederlanden die politischen Parteien als Diskursträger eine bedeutende Rolle. Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden die Niederlande durchgängig von Koalitionen regiert, die sich aus der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid, PvdA), der Katholischen Volkspartei (Katholieke Volkspartij, KVP), der Anti-Revolutionären Partei (Anti-Revolutionaire Partij, ARP) und dem konservativen Christlich-Demokratischen Appell (Christen Democratisch Appèl, CDA) zusammensetzten. Tiefgreifende parteipolitische Konflikte und Debatten sind selten und spielen sich häufiger innerhalb als zwischen den Parteien ab. Aufgrund ihrer vergleichsweise zahlreichen Mitgliedschaft haben insbesondere die PvdA und der CDA solche innerparteilichen Debatten um außenpolitische Themen erlebt.⁵ Für alle Parteien gilt, dass die Anzahl der auf Außenpolitik spezialisierten Führungspersonen sehr klein ist. Insbesondere den informellen Parteiführungen (v. a. Kabinettsangehörigen) sind in den letzten Jahren im Zuge des wachsenden politischen Koordinationsbedarfes und aufgrund der immensen Rolle der Fraktionen für die Arbeit der Zweiten Kammer Aufgaben zugewachsen. Dies geschah teilweise auf Kosten der formalen Parteiführungsorgane (vgl. Lepszy 1999: 334-336).

Gesellschaftliche Gruppen sind in den Niederlanden vergleichsweise zahlreich, mitgliederstark, öffentlich präsent und außenpolitisch einflussreich. Bei vielen dieser Gruppen handelt es sich um sogenannte „single issue“-Organisationen, die sich also vornehmlich oder ausschließlich auf ein zentrales politisches Anliegen konzentrieren (z. B. Menschenrechte, Entwicklung, Abrüstung). Besonders aktiv waren solche Gruppen in der Vergangenheit etwa in Zusammenhang mit dem Kampf gegen die südafrikanische Apartheid und im Bemühen um eine Verhinderung der Stationierung neuer Nuklearwaffen im Zuge der Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses (vgl. Everts 1985: 62-64; van Staden 1985; Soetendorp 1989).⁶

Ein schwer zu erfassendes Element der außenpolitischen Diskursstruktur in den Niederlanden ist die sog. „informelle Elite“. Dieser in der einschlägigen Forschungsliteratur häufig gebrauchte Begriff bezeichnet die Gesamtheit derjenigen Personen,

5 Insbesondere in den 1970er Jahren bestanden innerhalb der PvdA teilweise erhebliche Kontroversen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen; so zur niederländischen NATO-Mitgliedschaft und dem Verhältnis zu den USA, aber auch zu Themen wie dem Vorgehen gegen das südafrikanische Apartheid-Regime. Erheblichen innerparteilichen Streit verursachten danach der NATO-Doppelbeschluss und die mögliche Atomwaffenfreiheit der Niederlande (vgl. Everts 1985: 60-61). In den letzten Jahren haben die europaskeptischen Töne aus der rechtsliberalen VVD den umfassenden europapolitischen Grundkonsens zwischen den niederländischen Parteien herausgefordert.

6 Der Einfluss dieser Gruppen beruht auf mehreren Faktoren. Einmal schätzen auch außenpolitische Entscheidungsträger die Qualität der von ihnen gesammelten und publizierten Informationen (vgl. Everts 1985: 63). Weiterhin unterhalten manche dieser Organisationen enge Beziehungen zu Angehörigen der politischen Elite, und auch Doppelmitgliedschaften in einer politischen Partei und einer oder mehreren gesellschaftlichen Organisationen sind nicht selten. Schließlich erhalten diese Gruppen dadurch Einfluss, dass zumindest einige ihrer Mitglieder als Angehörige der informellen Elite in der niederländischen Außenpolitik gelten müssen.

die Einfluss auf die Außenpolitik besitzen, ohne mit formaler außenpolitischer Entscheidungskompetenz ausgestattet zu sein. Insbesondere Akademiker, Journalisten und Publizisten mit Expertise in außenpolitischen Fragen, aber auch Spitzenmanager sowie Unternehmer werden zur informellen Elite gezählt. Dabei sind die Übergänge zwischen „formeller“ und „informeller“ Elite fließend. In den Niederlanden ist das Hin- und Herwechseln zwischen aktiver Politik und wissenschaftlicher und publizistischer Tätigkeit oder auch zwischen einer öffentlich-politischen und einer privatwirtschaftlichen Beschäftigung häufiger als in anderen europäischen Staaten anzutreffen (vgl. Lepszy 1999: 335).⁷ Führende Politiker wirken häufig aus ihrem Amt heraus publizistisch, indem sie z. B. Leitartikel zu außenpolitischen Themen in den großen niederländischen Tageszeitungen veröffentlichen, insbesondere im NRC Handelsblad.

Die Existenz zahlreicher informeller außenpolitischer Akteure sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die außenpolitische Diskursstruktur in den Niederlanden relativ kleinräumig darstellt. Den Diskurs gestaltet eine nur kleine, wenngleich heterogen zusammengesetzte Gruppe von Akteuren. Außenpolitische Themen stoßen in der Öffentlichkeit meist nur auf geringes Interesse. Seit den 1960er Jahren wurde insgesamt eine signifikante Zunahme des öffentlichen Interesses an außenpolitischen Fragen verzeichnet (vgl. Deboutte/van Staden 1978: 75), ohne dass dies freilich die Dominanz der formalen außenpolitischen Diskursträger – also der Angehörigen von Regierung, Parlament und insbesondere des Außenministers – eingeschränkt hätte.

1.3 Niederländische Sicherheitspolitik und Jugoslawien⁸

Die Niederlande waren stets um eine Balance der atlantisch orientierten Sicherheitspolitik und der zunächst wirtschaftlich ausgerichteten Europapolitik bemüht. Erst nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nahm auch in der Europapolitik das Gewicht der Themen Sicherheit und Verteidigung zu. Trotz ihres hohen Stellenwertes blieben UN-, Entwicklungs- und Menschenrechtsfragen dabei dem sicherheits- und auch dem europapolitischen Bereich nachgeordnet.

Die Niederlande betreiben eine sehr aktive Außenpolitik, wobei sie multilaterale Handlungszusammenhänge bevorzugen. Sicherheitspolitisch sind sie ein treuer Bündnispartner der NATO. Sie leisten einen überproportionalen militärischen Beitrag sowohl zu Einsätzen der Allianz als auch der UN. Im Hinblick auf den Einsatz außenpolitischer Instrumente setzt Den Haag auf Verhandlungslösungen, ist aber auch bereit, militärische Maßnahmen mitzutragen. Die Niederlande haben sich so

7 Ein Beispiel hierfür bietet Joris Voorhoeve, der 1979 eine der bis heute bedeutendsten Monografien zur niederländischen Außenpolitik veröffentlicht hat (vgl. Voorhoeve 1979), und zugleich als führender Angehöriger der VVD von 1994 bis 1998 Verteidigungsminister der ersten Koalitionsregierung Kok war.

8 Dieser Abschnitt basiert auf Boekle/Swoboda (2003).

frühzeitig an entsprechenden Einsätzen unter dem Mandat des UN-Sicherheitsrates beteiligt, angefangen vom Korea-Krieg 1950 über die Intervention im Kongo 1960 bis hin zu Missionen im Nahen Osten (Libanon 1979). Doch waren diese Beteiligungen zahlen- und ressourcenmäßig stets moderat. Ein deutlich stärkeres Engagement bei militärischen Einsätzen – mit und ohne UN-Mandat – zeigten die Niederlande nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, etwa im Krieg gegen den Irak um die Befreiung Kuwaits, aber auch in den Bosnien-Kriegen.

Die niederländische Ratspräsidentschaft zeigte sich während der heraufziehenden Jugoslawien-Krise im Herbst 1991 engagiert. Sie organisierte eine erste große Konferenz zur Beilegung der Konflikte und initiierte eine gemeinsame Beobachtermission in Kroatien – ein institutionelles Novum in der EPZ (vgl. Coolsaet/Soetendorp 2000: 137). Desgleichen regte Den Haag ein massives militärisches Eingreifen der EG bzw. der WEU im zerfallenden Jugoslawien an, scheiterte damit aber insbesondere am britischen Widerstand (vgl. Nuttall 2000: 212). Sehr verärgert war die Regierung in den Niederlanden über das Vorpreschen der Regierung Kohl in der Frage der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens Ende 1991. So gelang es nicht, die EG auf eine gemeinsame Position und gemeinsames Handeln einzuschwören (vgl. Pijpers 1996: 255). Als sich Frankreich und das Vereinigte Königreich im Rahmen von UNPROFOR mit neutralen Friedenstruppen aktiv in Bosnien engagierten, stellte Den Haag im Herbst 1993 etwa 2.000 Soldaten ab und verstärkte dieses sogenannte „Dutchbat“ im Frühjahr 1995 um weitere 1.100 Mann. Erhebliche Beiträge leisteten die Niederlande auch zu den Aktivitäten von WEU und NATO, die das Embargo gegen Restjugoslawien und das Flugverbot durchsetzten. Insgesamt waren 18 F-16 (sechs weitere auf stand-by), drei Fregatten und zwei Orion-Patrouillenflugzeuge im Einsatz (vgl. Honig 1994: 144). Die niederländischen Bodentruppen machten in Kroatien und Bosnien 15 Prozent der UN-Truppenstärke aus. In Relation zur Bevölkerungszahl der Niederlande war dieser Beitrag auf dem Balkan der bedeutendste aller NATO-Länder (vgl. ebd. 144-145).

Im Sommer 1995 führte das Massaker an der männlichen Bevölkerung in der UN-Schutzzone Srebrenica jedoch zu Ernüchterung. Das Auslandsengagement der Niederlande war von da an mit einem Trauma behaftet – denn es waren niederländische Soldaten gewesen, die den Schutz der Zivilbevölkerung in Srebrenica nicht hatten gewährleisten können (vgl. Honig/Both 1997: 78). Als die bosnisch-serbischen Verbände des Generals Ratko Mladić sich anschickten die Schutzzone zu erobern, blieben NATO-Luftschläge aus. Die mit nur leichten Waffen ausgerüstete niederländische Brigade überließ Zehntausende bosnischer Flüchtlinge und Einwohner ihrem Schicksal. Die tragische Folge war der größte Genozid der europäischen Nachkriegsgeschichte: Etwa 8.000 bosniakische Männer und Jungen wurden umgebracht.⁹

9 Die Tragödie von Srebrenica vom Sommer 1995 wurde vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag als „Völkermord“ eingestuft. Die unrühmliche Rolle des Dutchbat ist ausführlich und umfassend dokumentiert in Honig/Both (1997), vgl. zur Ursachenanalyse auch Rohde (2006).

Trotzdem beteiligten sich die Niederlande nach dem Abschluss des Dayton-Abkommens weiter an den IFOR- und SFOR-Missionen. Zu Beginn des Jahres 2000 waren weltweit noch immer rund 3.000 niederländische Blauhelm-Soldaten in UN-Friedensoperationen aktiv. Die Nichtbeachtung der Niederlande bei der offiziellen Einrichtung der Kontaktgruppe 1996 führte dazu, dass zum traditionellen niederländischen Misstrauen gegenüber den großen EU-Mächten Frankreich und Deutschland nun auch wachsendes Misstrauen gegenüber den traditionellen Partnern in der Sicherheitspolitik, Großbritannien und den USA, trat. Dieses Misstrauen sollte sich durch die absolute Dominanz der USA und durch die Mängel der interalliierten Kommunikation und Koordination während der Operation Allied Force im Frühjahr 1999 noch verstärken (vgl. Soetendorp/de Wijk 2002: 87).

2. Der niederländische Kosovo-Diskurs

Die sehr engagierte Kosovopolitik und die ressourcenintensive Beteiligung an den Luftschlägen bildeten den Höhepunkt der aktiven niederländischen Außenpolitik der 1990er Jahre. Das Verhalten Den Haags in der Kosovo-Krise ist dennoch erstaunlich, denn dieses Engagement hatte sich stets in den Dienst des Völkerrechts gestellt. Im Kosovo war die völkerrechtliche Legitimität des Einsatzes zumindest umstritten. Darüber hinaus hatte die Katastrophe von Srebrenica die UN-Mission in Bosnien diskreditiert. Wie also ist erklärbar, dass sich die Niederlande an einem nicht von der UN mandatierten Militäreinsatz im Kosovo beteiligten (Verhaltensrätsel)?

Die Regierung Kok war durch ihre Mitverantwortung für Srebrenica vom November 1995 noch immer schwer belastet.¹⁰ Es stellte sich die Frage nach ihrer Rolle und nach jener des niederländischen Dutchbat, welches das Massaker nicht hatte verhindern können. Die öffentliche Debatte hierüber war 1998 noch lange nicht abgeschlossen. Das Trauma „Srebrenica“ belastete sowohl die niederländische Außen- und Sicherheitspolitik als auch deren Wahrnehmung in der Bevölkerung (vgl. Baehr 2000: 77). Viele Niederländer vertraten in der Folge die Meinung, dass sich ihr Land an einer solchen oder ähnlichen Missionen nicht mehr beteiligen sollte: „Nie wieder Srebrenica!“ (vgl. Klep/van Gils 2000: 135). Diese Zweifel erzeugten einerseits große Bedenken gegen eine niederländische Teilnahme an der Verifikationsmission der OSZE im Kosovo (Kosovo Verification Mission, KVM). Andererseits resultierte daraus eine überwältigende Unterstützung für die Luftangriffe auf Serbien in der niederländischen Politik und Öffentlichkeit. Angesichts dieser divergierenden Schlussfolgerungen überrascht die breite Zustimmung für die Luftschläge gegen Serbien. Diese Entwicklung stellt das fallspezifische Diskursrätsel dar.

10 Wie schwerwiegend die Vorkommnisse waren zeigt sich allein daran, dass sie der Regierung Kok vier Jahre später zum Verhängnis wurden. Als 2002 der Parlamentsbericht über die Rolle der niederländischen Blauhelme in der bosnischen UN-Schutzzone erschien, erklärte die Regierung geschlossen ihren Rücktritt. Die Niederlande traten in der Folge in eine Phase innenpolitischer Wirren ein.

2.1 Der Diskurs

Im Sommer 1998 wurde in den Niederlanden die Regierung um den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Wim Kok wiedergewählt. Die Mitte-Links-Koalition, die sogenannte „polder“ oder „lila“ Koalition, bestand aus der PvdA (45 Sitze), der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD, 38 Sitze) und den linksliberalen Demokraten 66 (Democraten 66, D66, 14 Sitze). Mit zusammen 97 von 150 Mandaten besaß sie eine komfortable Mehrheit. Die Opposition bestand (wie zuvor) aus dem CDA (29 Sitze), der Reformierten Politischen Föderation (Reformatorisch Politieke Federatie, RPF, drei Sitze) sowie den Calvinisten (Staatkundig Gereformeerde Partij, SGP, drei Sitze) und dem bibeltreuen Reformierten Politischen Verband (Gereformeerd Politiek Verbond, GPV, zwei Sitze) auf der rechten Seite des Parteienspektrums.¹¹ Auf der linken Seite des politischen Spektrums bildeten die Grünen Linken (Groen Links, GL, elf Sitze) und die Sozialistische Partei (Socialistische Partij, SP, fünf Sitze) die Opposition.

2.1.1 *Contested identity*: Die KVM im Herbst 1998

Schon bald nach Regierungsantritt musste sich die neue Führungsspitze mit der eskalierenden Gewalt im Kosovo auseinandersetzen. Die Verunsicherung in Politik und Gesellschaft über den außen- und sicherheitspolitischen Kurs nach Srebrenica war jedoch noch groß. Dennoch signalisierte das diskursive Gespann Kok/van Aartsen/de Grave deutlich Handlungsbedarf: „Letztendlich geht es hier darum nachzuweisen, dass es in der Tat möglich ist einen wirklichen politischen Dialog zwischen den Parteien [Serbien und Kosovo; Anm. d. Verf.] zustande zu bringen.“¹²

Zu dem Zeitpunkt, an dem sich international eine Präferenz für die im Rahmen des Holbrooke-Milošević-Abkommens vereinbarte OSZE-Verifikationsmission herauskristallisierte, war der niederländische Diskurs noch offen. Eine Beteiligung des Landes an der KVM war innerhalb der Zweiten Kammer umstritten. Es kam zu der großen Kosovo-Debatte am 18. November 1998, die im niederländischen Diskurs eine herausragende Stellung einnimmt. Die Vertreter der Sozialistischen Partei befürworteten ausschließlich diplomatische Mittel zur Konfliktbewältigung. Eine Entsendung niederländischer Beobachter zur Unterstützung der KVM lehnten sie kategorisch ab. Auch die Vertreter der christdemokratischen Parteien CDA, GPV und SGP hielten eine Teilnahme für zu unsicher. Die Mission sei in zu geringem Maße von der NATO abgesichert und daher von der Kooperationsbereitschaft

11 Die RPF, die SGP und der GPV sind für die Diskursanalyse der Niederlande im Kosovo-Konflikt jedoch unbedeutend. Sie werden daher im Folgenden nicht weiter berücksichtigt.

12 van Aartsen, Jozias (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handelingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26. Übersetzungen aus dem Niederländischen ins Deutsche durch die Verfasser.

Milošević abhängig. Ursächlich für diese vorsichtige Grundhaltung war unter anderem ein Ereignis aus den Bosnien-Kriegen, als fünf niederländische Militärbeobachter von den Serben als Geiseln genommen worden waren (vgl. Both 2000: 215). Insbesondere aufseiten der CDA war das Misstrauen gegenüber dem jugoslawischen Machthaber daher groß. Die Partei sprach sich gegen eine Beteiligung, und bereits zu diesem Zeitpunkt für einen sofortigen Einsatz der Luftwaffe aus, da eine Geiselnahme der OSZE-Beobachter zu befürchten sei:

„Militärisches Eingreifen und die Durchführung von Luftschlägen sind unvermeidlich geworden, da Milošević ein ums andere Mal bewiesen hat, dass er sich nicht im Geringsten um die berechtigten Erwartungen und Forderungen der internationalen Gemeinschaft schert.“¹³

Auch Jan Blaauw, Sprecher der VVD, betonte die Risiken einer niederländischen Partizipation: „Wir sind uns [...] darin einig dass die ‚Extraction Force‘ nicht groß genug ist um eine umfassende Evakuierung der Kosovo Verification Mission durchzuführen.“¹⁴

Vertreter der PvdA, von D66 und den Grünen Linken, insbesondere aber Außenminister Jozias van Aartsen stellten eine Nichtbeteiligung an der Mission hingegen als inkonsequent und unverantwortlich dar. Inkonsequent, weil die Niederlande zu diesem Zeitpunkt bereits in jener „Extraction Force“ der NATO vertreten waren, die die OSZE-Beobachter im Falle einer Zuspitzung der Situation evakuieren sollte. Unverantwortlich, weil die Niederlande sowohl gegenüber der internationalen Gemeinschaft als auch gegenüber der kosovarischen Zivilbevölkerung in der Pflicht stünden. Van Aartsen versicherte, dass die Sicherheit der KVM zwar ein Problem darstelle, aber mittels einer gut vorbereiteten Extraction Force gewährleistet sei: „Was die Sicherheit betrifft haben wir alles uns Mögliche getan.“¹⁵ Der Außenminister machte damit – nicht zuletzt auch gegenüber der eigenen Partei – deutlich, dass die Entscheidung der Regierung feststehe. Es sei nun am Parlament, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Die beiden vonseiten der CDA und der SP eingebrachten Parlamentseingaben (Moties) gegen eine niederländische Beteiligung wurden heftig kritisiert, weitere Zweifel an einer Teilnahme als ungerechtfertigt und verantwortungslos gebrandmarkt.¹⁶ In diesem Zusammenhang spielte auch das Argument eine wichtige Rolle, dass neben den USA eine große Anzahl west- und

13 Verhagen, Maxime (CDA): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

14 Blaauw, Jan (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

15 van Aartsen, Jozias (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

16 Vgl. van Aartsen, Jozias (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

zentraleuropäischer Staaten bereits ihre Teilnahme an der KVM zugesagt hätten, und dies die Sicherheit der Mission gewährleiste.¹⁷

In der Debatte über die Befriedung des Konflikts und den Einsatz der KVM traten auch die Fragen nach der Rolle der UN und nach der Legitimität einer möglichen Intervention in den Vordergrund. Die Regierung nahm mehrfach auf die entsprechenden UN-Resolutionen Bezug. Die KVM stelle die Einhaltung des Holbrooke-Milošević-Abkommens sicher, welches wiederum allein den Schutz der Menschenrechte und die Umsetzung der Resolutionen 1160 und 1199 gewährleiste. Miloševićs Verhalten müsse beständig observiert und unter Kontrolle gehalten, die Repressalien der jugoslawischen Armee gegenüber der kosovarischen Zivilbevölkerung müssten unterbunden werden.

Die Beteiligungsgegner aus den Reihen der SP, der VVD und der Christdemokraten führten vor allem an, dass die Sicherheitslage im Kosovo für unbewaffnete Beobachter zu instabil sei.¹⁸ Sie waren aber auch dahingehend im Konsens, dass die Teilnahme anderer Staaten an der KVM eine eigene, unabhängige Entscheidungsfindung nicht ersetzen dürfe:

„Die anderen Länder tragen ihre eigene Verantwortung und handhaben die Dinge unterschiedlich. Ich bin nicht dafür verantwortlich was im Rest der Welt geschieht. Wir sind für die niederländische Position verantwortlich.“¹⁹

Die Befürworter wandten ein, dass die Extraction Force nicht nur die Sicherheit der Mission gewährleiste, sondern die extensive internationale Beteiligung an der KVM diese auch zusätzlich legitimiere und eine Beteiligung geradezu obligatorisch erscheinen lasse. Als Teil des Westens seien die Niederlande in der Mitverantwortung. Eine Nichtbeteiligung, so die Argumentation, wäre zudem mit der niederländischen Pflicht und Verantwortung als Nation gegenüber den Flüchtlingen und den zivilen Opfern des Konfliktes nicht vereinbar. Diese Rhetorik wurde insbesondere von der Grünen Linken vertreten, welche zu dem Schluss kam,

„[...] dass wir nicht anders können als der Überwachungsmission KVM zuzustimmen. Es bestehen ausreichende Sicherheitsgarantien. Der Entsendung von Beobachtern nicht zuzustimmen kommt dem gleich, die Verantwortung, angesichts all der Flüchtlinge eine friedliche Lösung im Kosovo zu finden, nicht wahrzunehmen.“²⁰

17 Vgl. Hoekema, Jan (D66): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

18 Vgl. van Middelkoop, Eimert (GPV): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer vor der zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

19 Blaauw, Jan (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

20 Vos, Marijke (GL): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

Die Befürworter appellierten schließlich an die traditionell aktive und verantwortungsbewusste Außen- und Sicherheitspolitik der Niederlande.²¹

Auch die Vereinigten Staaten von Amerika spielten als Hauptpfeiler des transatlantischen Bündnisses und der niederländischen Sicherheitspolitik im Diskurs eine wichtige Rolle. Von der Frage ob die USA an der Mission teilnehmen würden, wurde bisweilen sogar die Unterstützung der niederländischen Partizipation abhängig gemacht.²²

Am Ende der Parlamentsdebatte vom 18. November 1998 fanden die Moties für eine Nichtentsendung niederländischer Beobachter schließlich keine parlamentarische Mehrheit. Die Kammer beschloss, sich mit einem Truppenkontingent an der KVM zu beteiligen. Als die Verifikationsmission jedoch scheiterte und die Gewalt im Kosovo im Januar 1999 erneut zunahm, schwenkte die Stimmung im Parlament um.²³ Die bis dahin an den Christdemokraten geäußerte Kritik wurde leiser, der Ruf nach einer militärischen Lösung allseits lauter.

2.1.2 *Uncontested identity*: Die NATO-Luftschläge

Am 24. März 1999 stimmte daher eine große Mehrheit des niederländischen Parlaments für die Unterstützung der NATO-Luftschläge gegen Serbien. Die Niederlande entsandten Kampffjets, Aufklärer, Helikopter, Tankflugzeuge und ein Kriegsschiff zur Unterstützung der Kampagne (vgl. Ek 1999: 9). Nur die Sozialistische Partei und einige Abgeordnete der Grünen Linken stimmten dagegen. Die meisten Abgeordneten der GL erklärten, dass sie einen Einsatz der Luftwaffe für bedauerlich, aber unumgänglich hielten. Allein die SP betrachtete die Luftschläge als einen nicht hinreichend gerechtfertigten Angriff auf einen souveränen Staat und plädierte für eine Ablehnung. Nur eine rein diplomatische Lösung – die Rückkehr zu Verhandlungen wie in Rambouillet – könne den Konflikt beilegen.²⁴

Bemerkenswerterweise waren die Luftschläge weit weniger umstritten als zuvor die Verifikationsmission. Bereits im Herbst 1998 hatten die Sprecher aller christdemokratischen Parteien klargestellt, dass die Regierung auf ihre Unterstützung zählen könne. In der Zweiten Kammer gab es bei der Wahrnehmung des Konflikts eine

21 Vgl. Vos, Marijke (GL): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

22 Vgl. Verhagen, Maxime (CDA): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

23 Vgl. Government of the Netherlands: *Evaluation of the Kosovo-crisis*, Den Haag, 31. Mai 2000, <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/ACOS-64BFX8?OpenDocument&query=Evaluation%20of%20the%20Kosovo-crisis> [10.8.2008].

24 Vgl. van Bommel, Harry (SP): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 24. März 1999, TK 61.

große Übereinstimmung. Die Parteien erachteten ihn übergreifend als von Belgrad initiiert und stellten die humanitäre Katastrophe im Kosovo in den Vordergrund ihrer Überlegungen:

„Die Greuel die gerade im Kosovo stattfinden – Folterungen, das Niederbrennen von Häusern und Dörfern, Deportationen und Blutbäder in großer Zahl – rechtfertigen einmal mehr die Verhaltensweise der NATO. Wir können nicht anders. Niemand hat das Recht, im eigenen Haus so zu verfahren. Was Rechtsprechung betrifft, muss ich bedauerlicherweise feststellen, dass diese im Kosovo absolut verloren gegangen ist.“²⁵

Alle Fraktionen zogen die Möglichkeit einer Intervention in Betracht. Diese Eignigkeit herrschte trotz des Umstandes, dass sich die Auseinandersetzungen innerhalb der jugoslawischen Grenzen abspielten, und trotz des Konfliktpotentials, dass die Auswahl der konkreten Interventionsmaßnahmen in sich barg.²⁶

Nachdem die NATO wochenlang ohne greifbaren Erfolg im Kosovo agiert hatte, kamen jedoch zunehmend kritische Stimmen auf. Die Beteiligung an der Intervention wurde nun kontrovers diskutiert. Viele Bürger und Nichtregierungsorganisationen, große Teile der Sozialistischen Partei und der Grünen Linken kritisierten, dass die NATO ohne völkerrechtliche Legitimation eingegriffen hätte, und sprachen sich gegen eine weitere Beteiligung an den Luftschlägen aus. Sogar in den Regierungsparteien PvdA und D66 mehrten sich die Zweifel (vgl. Klep/van Gils 2000: 151). Die Regierung blieb dennoch bei ihrer bisherigen Linie. Sie rechtfertigte die Luftangriffe mit dem Verhalten der serbischen Regierung; die habe ein militärisches Eingreifen unumgänglich gemacht (vgl. Dekker 2001: 1). So erklärte Außenminister van Aartsen am 12. Mai 1999:

„International law is still much too oriented towards conflicts between states and too little towards dealing with conflicts in which civilian populations are the targets and the victims of actions of their own governments. And it is unacceptable to be forced to retreat in the face of injustice because of the absence of internationally accepted criteria for intervening in these new conflicts. Therefore, the concept of humanitarian intervention and responses to atrocities and violation of human rights should be further developed and incorporated in customary or in conventional international law.“²⁷

Dieses Argumentationsmuster, das unter dem Schlagwort „nood breekt wet“ („Not bricht Gesetz“) Anwendung fand, konnte sich gegen das Argumentationsmuster des Legalitätsvorbehalts durchsetzen und den Diskurs dominieren (vgl. Klep/van Gils 2000: 145).

Nach dem Ausbleiben schneller militärischer Erfolge wurde aber auch anderweitige Kritik lauter. Vor allem die Parteien des linken politischen Spektrums drückten

25 de Graaf, Thom (D66): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 30. März 1999, TK 63.

26 Vgl. Verhagen, Maxime (CDA): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 24. März 1999, TK 61.

27 van Aartsen, Jozias: *Statement at Hague Appeal for Peace Conference*, 12. Mai 1999, <http://www.haguepeace.org/showPage.php?url=opening/speech4.inc> [1.2.2009].

ihre Unzufriedenheit darüber aus, dass die NATO relativ selten zur Gesamtsituation im Kosovo Stellung nahm und stattdessen lediglich über den Verlauf einzelner militärischer Aktionen berichtete. Zum anderen wurden Stimmen laut, die die vorgegebenen Kriegsziele der NATO anzweifelten. So die Abgeordnete Marijke Vos von den Grünen Linken:

„Innerhalb der NATO gibt es eine Strömung, die auf eine fortwährende Eskalation zusteuert. Und wenn ich dann Präsident Clinton während des NATO-Gipfels sagen höre: ‚Wir werden diesen Krieg gewinnen‘, dann frage ich mich, ob es hier nicht um einen Prestige-Krieg der NATO geht.“²⁸

An alternativen Handlungsanweisungen fehlte es nicht. Die Sozialistische Partei, die jegliche Involvierung in eine OSZE- oder NATO-Mission nach wie vor ablehnte, empfahl die direkte Rückkehr zu den Rambouillet-Verhandlungen: „Die niederländische Regierung muss auf direkte Verhandlungen drängen. Nur so kann unserer Meinung nach eine Lösung zustande kommen, die dauerhaft Bestand hat.“²⁹

Obwohl diese Haltung nur wenig Zustimmung fand, wurden die Bedingungen für einen Abbruch der Luftschläge verstärkt diskutiert. Die Mehrheit in der Zweiten Kammer betrachtete die Unterzeichnung des Rambouillet-Abkommens als klare Voraussetzung für eine Waffenruhe. Im Gegensatz dazu plädierte die Fraktion der Grünen Linken, die hinsichtlich der Beteiligung am NATO-Einsatz gespalten gewesen war, für eine Herabsetzung der Vorbedingungen. Konkret schlug sie vor, die Angriffe für 24 Stunden auszusetzen, sofern Milošević Verhandlungsbereitschaft signalisiere. Eine gewisse Hoffnung ruhte hierbei auf dem russischen Premierminister Jewgeni Primakow, dem zugetraut wurde, auf diplomatischem Wege zu Milošević durchzudringen.³⁰ Die niederländische Regierung wies diesen Vorschlag jedoch entschieden zurück.³¹

Als sich nach mehreren Wochen andauernder Luftangriffe die humanitäre Situation der kosovarischen Zivilbevölkerung verschlechterte und die Flüchtlingszahlen anstiegen, rückte zunehmend das Thema Bodentruppen in den Vordergrund. Insbesondere Christdemokraten der CDA, GPV und SGP forcierten die Idee eines möglichen Einsatzes im Rahmen der NATO, denn sie zweifelten ernsthaft, ob Luftschläge den Konflikt tatsächlich beenden könnten:

28 Vos, Marijke (GL): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 28. April 1999, TK 75.

29 van Bommel, Harry (SP): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 24. März 1999, TK 61.

30 Vgl. Rosenmoeller, Paul (GL): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 30. März 1999, TK 63.

31 Vgl. Kok, Wim (PvdA): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 30. März 1999, TK 63.

„Nun, da wir uns auf den zweiten Monat der Aktionen zubewegen, stellt sich doch die Frage, wie erfolgreich die Luftschläge bisher gewesen sind. [...] Unserer Meinung nach ist der Einsatz von Bodentruppen in diesem Moment ganz eindeutig ein Punkt mit Diskussionsbedarf.“³²

Sprecher anderer Fraktionen schlossen sich diesen Zweifeln an. Die Regierung wurde nun parteiübergreifend aufgefordert, ihre Haltung zu diesem Thema darzulegen. Vorbehalte wurden im Zusammenhang mit der Kritik an der Strategie der Luftangriffe überdies bezüglich der Effektivität und Legitimität des Öl-Boikotts gegen Jugoslawien geäußert.³³ Aber auch die NATO selbst stieß im Parlament auf Kritik. Einerseits erschien ihre Rolle im Rahmen eines Einsatzes von Bodentruppen unumgänglich; dies bezweifelte zumindest keine der Parteien, die einen derartigen Einsatz in Erwägung zogen.³⁴ Andererseits wurde angesichts der unzureichenden Stellungnahmen und der diversen Alleingänge der NATO-Führung die Befürchtung geäußert, dass die Allianz das Gesamtziel der Intervention aus den Augen verloren habe. U. a. wurde darüber spekuliert, ob die NATO mit den fortwährenden Einsätzen nicht einzig und allein versuche, ihre Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten:

„Falls dieser Krieg die Glaubwürdigkeit der NATO retten soll, können wir ihn augenblicklich beenden. Es ist doch keine [...] andere Organisation imstande, so viele Raketen und Bomben in solch kurzer Zeit einzusetzen. Die politischen Ziele sind indes weiter entfernt denn je.“³⁵

Außenminister van Aartsen widersprach dieser Sichtweise. Die NATO-Verantwortlichen hielten sich strikt an die Vorgaben und Entscheidungen der Mitgliedstaaten.³⁶ Die Zielsetzung der Militäraktionen läge sowohl bei der NATO-Spitze als auch bei der niederländischen Regierung weiterhin darin, Milošević zurück an den Verhandlungstisch zu zwingen.³⁷

Im Gegensatz zum Streit um die Frage, mit welchen Mitteln der Konflikt zu lösen sei, bestand in den Niederlanden über den gesamten Diskursverlauf hinweg weitgehender Konsens in Bezug auf die Wahrnehmung der Konfliktparteien. Nicht zuletzt auf Grund der Geschehnisse in Srebrenica betrachtete man Serbien als Aggressor.

32 Verhagen, Maxime (CDA): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 28. April 1999, TK 75.

33 Vgl. van Bommel, Harry (SP): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 28. April 1999, TK 75.

34 Vgl. van Middelkoop, Eimert (GPV): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 11. Juni 1999, TK 87.

35 van Bommel, Harry (SP): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 28. April 1999, TK 75.

36 Vgl. van Aartsen, Jozias (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 28. April 1999, TK 75.

37 Vgl. van Aartsen, Jozias (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 28. April 1999, TK 75.

Insbesondere die Regierungsparteien gaben zu verstehen, mit wem man es bei Milošević zu tun habe und wozu er fähig sei – Ministerpräsident Kok und Außenminister van Aartsen präsentierten den serbischen Präsidenten über den gesamten Diskurszeitraum hinweg erfolgreich als unaufrichtigen Verhandlungspartner und „Verräter“.³⁸ Die Kosovo-Albaner hingegen nahm man in einem anderen Licht wahr. So lobte beispielsweise van Aartsen ihren guten Willen bei den Rambouillet-Verhandlungen, obwohl sie dem Abkommen erst unter enormem internationalen Druck zugestimmt hatten. Die Schlussfolgerung daraus war eindeutig: Seit dem Scheitern von Rambouillet trugen die Serben die alleinige Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer friedlichen Lösung:

„Die Kosovaren [sic] haben zu einem späten Zeitpunkt sowohl den politischen als auch den militärischen Teil des Rambouillet-Vertrages, in welchem für sie schwierige Bestandteile enthalten sind, unterzeichnet. Sie haben, was das betrifft, eine positive Haltung demonstriert. [...] Die Verantwortlichkeit für das Scheitern eines Einverständnisses liegt damit vollständig bei Belgrad, das nun die Konsequenzen vor Augen hat.“³⁹

Der Vorschlag eines Vertreters der GPV, die UÇK mit Waffenlieferungen zu unterstützen, wurde zwar umgehend verworfen. Die Rollen von Täter und Opfer waren dennoch klar verteilt.

Im niederländischen Diskurs war neben den USA vor allem Russland als wichtiger Faktor präsent. In der Einschätzung Russlands schwankten die Diskursteilnehmer zwischen Hoffnung und Skepsis. Eine prominente Lesart der gescheiterten Rambouillet-Verhandlungen nahm an, dass allein Moskau imstande gewesen sei, Milošević auf diplomatischem Wege zum Einlenken zu bewegen.⁴⁰ Diese Vermutung wurde indes weder von der rechtsliberalen VVD, noch von den christdemokratischen Parteien geteilt. So bezichtigten Mandatsträger der CDA den Kreml geheimer Waffenlieferungen an die jugoslawische Armee. Russland hintergehe so das vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Embargo. Die Regierung dementierte diese Vermutung nicht.⁴¹

38 Kok, Wim (PdvA): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 30. März 1999, TK 63.

39 van Aartsen, Jozias (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 24. März 1999, TK 61.

40 Vgl. Rosenmoeller, Paul (GL): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handlingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 30. März 1999, TK 63.

41 In der späteren Auswertung des Konflikts durch die niederländische Regierung wird die negative Bewertung der russischen Politik ebenfalls deutlich: „The situation was exacerbated by differences of opinion and interests, particularly between Russia and the West, which hampered the political efforts. This initially caused a deadlock in the UN Security Council, and eventually undermined the Contact Group“, vgl. Government of the Netherlands: *Evaluation of the Kosovo-crisis*, Den Haag, 31. Mai 2000, <http://www.reliefweb.int/rw/rwb.nsf/db900sid/ACOS-64BFX8?OpenDocument&query=Evaluation%20of%20the%20Kosovo-crisis> [10.8.2008].

Die Europäische Union spielte im niederländischen Diskurs eine untergeordnete Rolle, und dies vor allem im Vergleich zu den USA. Sie fand hingegen überwiegend im Zusammenhang mit der Lösung des Flüchtlingsproblems Erwähnung. Alle Parteien plädierten diesbezüglich eindringlich für eine kollektive Anstrengung aller EU-Mitgliedstaaten.⁴² Das Streben nach einer grundsätzlichen innereuropäischen Geschlossenheit stellte eine Konstante innerhalb des Diskurses dar.⁴³ Heftig kritisierten bspw. sowohl die Regierung als auch eine breite Mehrheit im Parlament die Entscheidung der österreichischen Regierung, den Luftraum für die NATO-Kampffjets nicht zu öffnen. Außenminister van Aartsen brachte hierbei insbesondere seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass diese Entscheidung in deutlichem Kontrast zu den österreichischen Zusicherungen auf dem EU-Gipfel in Berlin stand.⁴⁴ Das Ausweichen Österreichs war aus niederländischer Sicht ein weiterer Indikator für die Schwäche der EU und die Unfähigkeit, eine gemeinsame Position zu finden. In der Konsequenz bedeutete dies auch eine Marginalisierung der Niederlande.

2.2 Auswertung

2.2.1 Identität und Verhalten

Die materielle Beteiligung an und die gesellschaftliche Unterstützung für die Beteiligung an der Operation Allied Force war in den Niederlanden überproportional groß. Dies überrascht sowohl angesichts der zweifelhaften völkerrechtlichen Legitimität als auch angesichts des schwerwiegenden, formativen Ereignisses von Srebrenica. Die Verunsicherung nach dem Genozid prägte den sicherheitspolitischen Kurs der Niederlande und fand im Streit um die Beteiligung an der KVM ihren Ausdruck. Es bedurfte eines geschlossenen Auftretens der Regierung und der argumentativen Rückbindung an die ethischen und internationalen Elemente der niederländischen Identität, um Diskurshegemonie zu erreichen und die Beteiligung an der Verifikationsmission (und später den Luftschlägen) zu gewährleisten. Diese Diskurshegemonie blieb bis zum Ende bestehen.

Das Verhalten der Niederlande im Kosovo-Konflikt war insgesamt identitär gedeckt. Das Land engagierte sich auf der Basis seiner Selbstwahrnehmung als *pilot state* und *Mittelmacht*. Die identitäre Vorgabe der *Niederlande als Teil des Westens* kam im Verhalten besonders zum Tragen. Es gab einen breiten Konsens sowohl in

42 Vgl. Albayrak, Nebahat (PvdA): Motie van het lid Albayrak c.s., Bijlagen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 14. April 1999, Nummer 247.

43 Vgl. Kok, Wim (PvdA): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handelingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 30. März 1999, TK 63.

44 Vgl. van Aartsen, Jozias (VVD): *Redebeitrag vor der Zweiten Kammer*, Bijlagen van het verslag der handelingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal, Kamerstuknummer 22181, 30. März 1999, TK 63.

der Öffentlichkeit als auch im Parlament darüber, dass die Niederlande nur in einem internationalen multilateralen Kontext in den Konflikt eingreifen würden. Unilaterales Vorgehen, gleich welcher Art, wurde zu keiner Zeit in Erwägung gezogen.⁴⁵ Spätestens als deutlich wurde, dass die USA bzw. die NATO die führende Rolle in einer militärischen Intervention übernehmen würden, fanden sich auch die Vertreter der realistisch-atlantischen Diskursformation auf der Seite der Befürworter wieder.

2.2.2 Identität und Diskurs

Die Verunsicherung über den außen- und sicherheitspolitischen Kurs nach Srebrenica prägte die Anfänge des niederländischen Kosovo-Diskurses. Dies spiegelte sich vor allem in der hitzigen Debatte um die Beteiligung an der KVM wider. Erst als sich die Lage im Kosovo im Herbst 1998, und dann erneut im Januar 1999 zuspitzte, bekamen die Diskurslager Konturen. Die zentralen außenpolitischen Diskurssträger – Premierminister Kok, Außenminister van Aartsen, Verteidigungsminister de Grave – dominierten nun als *privileged storytellers* den Diskurs. Ihre Argumentationsmuster erreichten Ende 1998 die Diskurshegemonie. Die Identitätselemente *die Niederlande als pilot state* und *die Niederlande als Teil des Westens* wurden erfolgreich eingesetzt. Als dominantes Argumentationsmuster fungierte die moralische Verantwortung der Niederlande für den Schutz unveräußerlicher Menschenrechte (*referencing*). So betonte Außenminister van Aartsen zur Rechtfertigung der Operation Allied Force: „If people are oppressed like this, it is in the tradition of the Netherlands to do something about it. We will not look away!” (zit. n. Klep/van Gils 2000: 151).

Das niederländische Trauma von Srebrenica wurde gerade vonseiten der Interventionsbefürworter für eine Beteiligung ins Feld geführt: Premierminister Kok machte deutlich, die Niederlande würden an allen internationalen Aktionen „im Bewusstsein der Erfahrungen von Srebrenica“ teilnehmen (*naming* und *signifying*).⁴⁶ Dieses Argument erfuhr immer dann große Resonanz, wenn es um die Bedenken und Einwände bezüglich eines „zweiten Srebrenica“ und eines erneuten Versagens der niederländischen Außenpolitik ging. Den Erfolg des Identitätselements *die Niederlande als pilot state* verdeutlichen Meinungsumfragen: 71 Prozent der niederländischen Bevölkerung verbanden den Kosovo-Konflikt mit Menschenrechten und erachteten militärische Interventionen als ein adäquates Mittel zu deren Verteidigung (vgl. van der Meulen/de Konink 2001: 132). Der identitäre Bezug zum *pilot state* kompensierte also das Problem der (mangelhaften) völkerrechtlichen Legitimation.

45 So vor allem der Tenor in der ersten großen Parlamentsdebatte vom 18. November 1998, vgl.: *Bijlagen van het verslag der handelingen van de Tweede Kamer der Staten-Generaal*, Kamerstuknummer 22181, 18. November 1998, TK 26.

46 Kok, Wim, in: *Haagsche Courant*, <http://www.haagschecourant.nl/CDA/regioportal/0,2078,7928,00.html> [14.7.2002].

Auf das Identitätselement *die Niederlande als Teil des Westens* wurde im niederländischen Kosovo-Diskurs ebenfalls häufig Bezug genommen. Die relevanten Diskursteilnehmer bekannten sich zu westlichen Werten und Institutionen, zur transatlantischen Partnerschaft und, bei sicherheitspolitischen Fragen, insbesondere zur NATO (*referencing*). Das immaterielle oder normative Bekenntnis zu westlichen Werten, wie der Unveräußerlichkeit universeller Menschenrechte, verband sich dabei mit dem materiellen Bekenntnis zur NATO und ihrer Politik.⁴⁷ Für die gelungene Verknüpfung beider Identitätselemente steht beispielhaft eine frühe Aussage des Premierministers Kok: Es sei die moralische und politische Pflicht der NATO, dem menschlichen Leid und der Ungerechtigkeit im Kosovo ein Ende zu setzen:

„Our military action there is not a goal in itself but an inevitable instrument to enforce a political solution for the sake of men, women and children in and around Kosovo [...]. The Netherlands remains fully committed to pursuing these (NATO) goals.“⁴⁸

Das Identitätselement *die Niederlande als Mittelmacht* spielte im Vergleich zu den beiden genannten eine untergeordnete Rolle. Es fand lediglich bei der umstrittenen Entscheidung zur Beteiligung an der Verifikationsmission Anwendung. Sowohl in den Forderungen von Teilen der VVD nach einer „eigenen Entscheidung“ als auch in der Sorge bei Abgeordneten der VVD und der CDA um die Gefahren bei einer Beteiligung an den Luftschlägen kam das Selbstverständnis als *Mittelmacht* zum Ausdruck. Die Befürworter argumentierten jedoch mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit und einem damit einhergehenden Einflussverlust der Niederlande in der internationalen Gemeinschaft. An dieser Stelle knüpften sie (PvdA, VVD, D66, CDA) diskursiv auch an das Identitätselement *die Niederlande als Teil des Westens* an: Gerade weil die USA und der Großteil der EU-Mitgliedstaaten sich an der Mission beteiligten, könne die *Mittelmacht Niederlande* nicht zurückstehen.

2.2.3 Diskurshegemonie

Die gesellschaftliche Unterstützung der NATO-Angriffe in den Niederlanden war nie in Gefahr. Der heikelste Punkt im Konflikt war mitnichten der Beginn der Luftschläge, sondern die Frage nach der Beteiligung an der Verifikationsmission der OSZE. Die ethisch-internationalistische Diskursformation stand in dieser Frage der realistisch-atlantischen sowie der Fraktion der Pazifisten innerhalb der ethisch-internationalistischen Diskursformation gegenüber. Bemerkenswerterweise kamen die Vertreter der realistisch-atlantischen Diskursformation (CDA, SGP, GPV, Teile VVD) und die Pazifisten aus völlig verschiedenen Gründen zur gleichen Handlungsempfehlung: Ablehnung der KVM. Doch nachdem die Dynamik der Konfliktentwicklung diese Frage obsolet machte und die militärische Option in den Vorder-

47 Das Bekenntnis zu Menschenrechten ergab hier zugleich eine Überschneidung mit dem Identitätselement der *Niederlande als pilot state*.

48 Kok, Wim: *Speech by the Minister President of the Netherlands, Willem Kok*, Washington, 23. April 1999, <http://www.nato.int/docu/speech/1999/s990423q.htm> [12.10.2008].

grund rückte, waren sich die realistisch-atlantische und die ethisch-internationalistische Diskursformation wieder einig – von der Konfliktwahrnehmung bis hin zur Handlungsempfehlung. Insgesamt gab es nun einen großen parteiübergreifenden Konsens für die Kosovopolitik des Westens – die Luftangriffe der NATO auf Serbien wurden zu einer unumstrittenen Politik (*uncontestedness*)! Nur einige pazifistische Vertreter der ethisch-internationalistischen Diskursformation – die Sozialistische Partei und Teile der Grünen Linken – lehnten sie ab.

Wie in allen Ländern, die an den Militäraktionen der NATO teilnahmen, demonstrierten auch in den Niederlanden „single issue groups“, soziale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen gegen die Luftangriffe und beteiligten sich am Diskurs.⁴⁹ Ihr Protest richtete sich zumeist gegen den Krieg als solchen. Ihnen gelang es jedoch nicht, sich durchzusetzen. Die Niederländer waren mit durchschnittlich über 75 Prozent Zustimmung während des gesamten hier untersuchten Zeitraumes die größten und konstantesten Befürworter der Militäraktionen im Vergleich zu allen anderen NATO-Mitgliedstaaten (vgl. Everts 2001: 254-255).

Die Diskurskoalitionen blieben selbst dann stabil, als die Frage nach der Entsendung von Bodentruppen aufkam. Auch wenn viele Bedenken in der Sache äußerten, machten Ministerpräsident Kok und Verteidigungsminister Frank de Grave klar, dass die Niederlande an einer solchen Mission mit ca. 1.000 Soldaten teilnehmen würden, wenn nötig auch „in einem gefährlichen Einsatzgebiet“ (Klep/van Gils 2000: 152). Beachtenswert sind hier die Ergebnisse der Meinungsumfragen: Während nur 47 Prozent der Befragten einem Entsenden „grundsätzlich“ zustimmten, waren es im Falle einer gemeinsamen NATO-Entscheidung gleich 58 Prozent (vgl. Everts 2001: 234): Dies kann sowohl als Zeichen atlantischer Bündnistreue der Niederländer ausgelegt werden, als auch als Indikator dafür, dass der damit absehbare Einsatz von US-Truppen die Sicherheit der Mission insgesamt erhöhen würde. Sowohl im Oktober 1998 als auch während der gesamten Kampfhandlungen befürworteten 68 Prozent der Bevölkerung die NATO-Aktionen. Dieselbe Anzahl hieß eine niederländische Teilnahme gut, selbst wenn Verluste zu beklagen sein würden. Nur 14 Prozent der Befragten waren strikt dagegen, während sich 18 Prozent enthielten oder nicht auf die Frage antworteten (vgl. Everts 2001: 243).

2.3 Zusammenfassung

Nach dem traumatischen formativen Ereignis „Srebrenica“ erwarteten viele Beobachter eine tendenziell passive, wenn nicht gar isolationistische niederländische

49 Für eine Chronologie der entsprechenden zivilgesellschaftlichen Proteste in den Niederlanden vgl. Stichting Digitaal Den Haag' te Den Haag: *De Kosova-crisis en Nederland Archief 1999*, <http://www.ddh.nl/fy/kosova/nederland/1999/index.html> [12.10.2008]. Die Zahl der mit dem Konflikt befassten Organisationen ist kaum überschaubar. Zu ihnen zählten aber u. a.: Anti Interventiecomite, Internationale Socialisten, Kerk en Vrede, Migrante Europe, Pax Christi, Vrouwen voor Vrede und der XminY solidariteitsfonds.

Sicherheits- und Interventionspolitik – gerade auf dem Balkan. Die Zweifel an den eigenen militärischen Ressourcen und die Enttäuschung über die fehlende internationale Unterstützung beherrschten den gesellschaftlichen und politischen, aber auch den wissenschaftlichen Diskurs in den Niederlanden. Diese Verunsicherung spiegelt sich in den Debatten um die Beteiligung an der KVM wider. In dieser Phase war die außen- und sicherheitspolitische Identität des Landes umstritten (*contested*). Die Entsendung in die Verifikationsmission war deshalb streitig, weil die realistisch-atlantische Diskursformation sich in ihrer Ablehnung mit der pazifistischen Fraktion der ethisch-internationalistischen einig war. Durch die argumentative Rückbindung an „traditionelle“ Identitätselemente der niederländischen Außen- und Sicherheitspolitik wurde aber eine Diskurshegemonie der Befürworter einer Partizipation erreicht, die über die Entscheidung zur Beteiligung an den Luftschlägen bis zum Ende des Diskurses hin anhalten sollte. Nachdem die KVM für die Konfliktlösung keine praktische Bedeutung mehr hatte, blieb die niederländische Kosovopolitik weitgehend *uncontested*. Beide Diskursformationen verwendeten nun das Identitätselement *die Niederlande als pilot state*: sie hoben die Missachtung von Menschenrechten und internationalem Recht hervor, verwiesen auf die katastrophale humanitäre Situation im Kosovo und auf die daraus resultierende niederländische Verantwortung für die dortige Zivilbevölkerung. Aufgrund der Teilnahme der USA und anderer EU-Mitgliedstaaten konnten diese Argumente leicht mit dem Identitätselement *die Niederlande als Teil des Westens* verknüpft werden. Somit wurden die ethisch-internationalistische und die realistisch-atlantische Diskursformation miteinander versöhnt. Der Ruf nach „Nie wieder Srebrenica“ konnte argumentativ und identitär mit der Prämisse des multilateralen Handelns unter der Führung der USA und bei Wahrung der Perzeption als entschlossene *Mittelmacht* verbunden werden. Dies drückte sich darin aus, dass trotz diverser inter- und innerparteilicher Diskrepanzen eine breite Mehrheit im Parlament für die Teilnahme an der Operation Allied Force gesichert werden konnte. Die pazifistische Strömung um die Sozialistische Partei und Teile der Grünen Linken konnte diese Diskurshegemonie nicht gefährden.

Literatur

- Baehr, Peter (2000): *The Netherlands Advisory Committee on Human Rights and Foreign Policy: a Retrospective*, in: Netherlands Quarterly of Human Rights 18:2, S. 183-193.
- Boekle, Henning (2003): Der niederländische Diskurs zur Dekolonisation Ostindiens (1944-1949), in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 190-205.
- Boekle, Henning/Swoboda, Veit (2003): Niederländische Außenpolitik – Bündnistreue und Supranationalismus, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 22-41.

- Both, Norbert (2000): *From Indifference to Entrapment: the Netherlands and the Yugoslav Crisis*, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Coolsaet, Rik/Soetendorp, Ben (2000): Belgium and the Netherlands, in: Manners, Ian/Whitman, Richard (Hg.): *The Foreign Policies of European Union Member States*, Manchester: Manchester University Press, S. 128-143.
- Deboutte, Jan/van Staden, Alfred (1978): High Politics in Low Countries. A Study of Foreign Policy-Making in Belgium and the Netherlands, in: Wallace, William/Paterson, William (Hg.): *Foreign Policy Making in Western Europe. A Comparative Approach*, Westmead: Saxon House, S. 55-83.
- Dekker, Ige (2001): *Illegality and Legitimacy of Humanitarian Interventions: Synopsis of and Comments on a Dutch Report*, Oxford: Oxford University Press.
- Ek, Carl (1999): The Netherlands, in: Donfried, Karen (Coordinator): *CRS Report for Congress – Kosovo: International Reactions to NATO Air Strikes*, S. 5, <http://www.fas.org/man/crs/RL30114.pdf> [14.08.2008].
- Everts, Philip (Hg.) (1985): *Controversies at Home: Domestic Factors in the Foreign Policy of the Netherlands*, Dordrecht/Boston/Lancaster: Martinus Nijhoff.
- Everts, Philip/Walraven, Guido (1989): *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy. The Case of the Netherlands*, in: Cooperation and Conflict. Nordic Journal of International Politics 25:3, S. 103-134.
- Everts, Philip (2001): War Without Bloodshed? Public Opinion and the Conflict over Kosovo, in: Everts, Philip/Isernia, Pierangelo (Hg.): *Public Opinion and the International Use of Force*, London: Routledge.
- Freedman, Lawrence/Karsh, Efraim (1993): *The Gulf Conflict 1990-91. Diplomacy and War in the New World Order*, Princeton: Princeton University Press.
- Honig, Jan (1994): The Netherlands and Military Intervention, in: Freedman, Lawrence (Hg.): *Military Intervention in European Politics*, Oxford/Cambridge: Blackwell Publishing, S. 142-153.
- Honig, Jan/Both, Norbert (1997): *Srebrenica: Der größte Massenmord in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg*, München: Lichtenberg.
- Klep, Christ/van Gils, Richard (2000): *Van Korea tot Kosovo – De Nederlandse militaire deelname aan vredesoperaties sinds 1945*, Den Haag: Sdu Uitgevers.
- Lepszy, Norbert (1999): Das politische System der Niederlande, in: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*, Opladen: Leske und Budrich, S. 331-364.
- Lercher, Frank (2008): *The Netherlands. Globalization and National Identity*, New York/London: Routledge.
- Löhr, Johanna (2003): Der niederländische Diskurs zum NATO-Doppelbeschluss (1978-1984), in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 206-223.
- Nuttall, Simon (2000): *European Foreign Policy*, Oxford: Oxford University Press.
- Pijpers, Alfred (1996): The Netherlands. The Weakening Pull of Atlanticism, in: Hill, Christopher (Hg.): *The Actors in Europe's Foreign Policy*, London: Routledge, S. 247-267.
- Reef, Johannes (1995): *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluß eines Kleinstaates*, Münster et al.: LIT Verlag.

- Rohde, David (2006): The Fall of Srebrenica, in: Blitz, Brad (Hg.): *War and Change in the Balkans. Nationalism, Conflict and Cooperation*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 132-142.
- Soetendorp, Ben (1989): The NATO "Double Track" Decision, in: Everts, Philip/Walraven, Guido (Hg.): *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Aldershot: Avebury, S. 149-160.
- Soetendorp, Ben/de Wijk, Rob (2002): A Dutch Policy Reversal towards the ESDP, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hg.): *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten*, Baden-Baden: Nomos Verlag, S. 82-96.
- Stahl, Bernhard (2008): *Incoherent Securitisation. The EU in the Iraq Crisis*, in: Hamburg Review of Social Sciences 3:1, S. 70-106, http://www.hamburg-review.com/fileadmin/pdf/03_01/D_Stahl_02.pdf [12.10.2008].
- van der Meulen, Jan/de Konink, Marijke (2001): Risky Missions: Dutch Public Opinion on Peacekeeping in the Balkans, in: Everts, Philip/Isernia, Pierangelo (Hg.): *Public Opinion and the International Use of Force*, London: Routledge.
- van Staden, Alfred (1985): To Deploy or not to Deploy: the Case of the Cruise Missiles, in: Everts, Philip (Hg.): *Controversies at Home: Domestic Factors in the Foreign Policy of the Netherlands*, Dordrecht/Boston/Lancaster: Martinus Nijhoff, S. 133-156.
- Voorhoeve, Joris (1979): *Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy*, Den Haag: Martinus Nijhoff.

